

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,  
Grunn Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontonr.: Leipzig 21288.  
Bezirksamt Riesa Nr. 22.

Nr. 43.

Montag, 21. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung an Postämtern monatlich 4.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Drucken an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. und 5. Spalte 1.10 Mark, 6. Spalte 1.— Mark; getrennter und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweilungs- und Veranlagungsgebühr 20% feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versätzt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Satzungen und Bedingungen: Riesa. Vierzehntägige Interzessionsgebühren, Erzähler an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Sanger & Witzellich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Zurücklieferung von Mais gegen Ablieferung von Brotgetreide, Gerste und Hafer betr.

Den Landwirten, die über 70% ihres Ablieferungslooses in Brotgetreide und Gerste abliefern, soll nach den hier vorliegenden vorläufigen Mitteilungen für jeden Hektar 1 Zentner verbilligter Mais oder eine entsprechende Menge verbilligter Weizenkörner zurückgeliefert werden.

Nach einer neueren Mitteilung des Wirtschaftsministeriums — Landesgetreidebehörde — ist in Aussicht genommen, auch bei der Lieferung von Hafer über eine bestimmte Grenze (über 50%) der festgesetzten Mindestablieferungsleistung für jeden Hektar 1 Zentner verbilligter Mais oder eine entsprechende Menge verbilligter Weizenkörner zu gewähren.

Die näheren Bestimmungen über die Durchführung dieser Maßnahmen werden durch die Reichsgetreidebehörde demnächst erlassen werden, worauf weitere Bekanntmachung erfolgen wird.

Die Amtshauptmannschaft bringt Vorstehendes hiermit zur Kenntnis der Landwirte in der Erwartung, daß diese Maßnahmen einen weiteren Ansporn zur reiflichen Erfüllung des Ablieferungslooses in Brotgetreide, Gerste, sowie Hafer geben werde.

Großenhain, am 19. Februar 1921.

262 a 1.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 550 des Handelsregisters, die Firma Georga Schneider, Fisch- und Delikatessenhaus in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Riesa, den 17. Februar 1921.

Auf Blatt 548 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Firma Mineralwasserwerk Elbe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Riesa. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Februar 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Mineralwasser und sämtlichen alkoholfreien Getränken, Weinhandel mit Landesprodukten und sonstigen Geschäften, die sich

mit dem Betriebe verbinden lassen. Das Stammkapital beträgt dreißigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt:

- a) der Kaufmann Paul Oskar Neumann in Riesa,
- b) der Kaufmann Johannes Gerhard Friedrich in Gröba,
- c) der Kaufmann Georg Waltherr Friedrich in Riesa.

Es werden mindestens zwei Geschäftsführer bestellt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei vertreten. Die Beschlüsse werden in der Weise, daß die Beschlüsse zu der geschriebenen oder auf mechanischem Wege hergestellten Firma der Gesellschaft ihre Namensunterschrift beifügen. Die Geschäftsführer haben gleiche Rechte. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekannt gemacht: Die Einlagen der Gesellschafter, des Kaufmanns Paul Oskar Neumann und der Kaufmannsgebrüder Johannes Neumann geb. Weyer, beide in Riesa, sind in der Weise erfolgt, daß sie Gegenstände im Werte von je 10 000 (zehntausend) Mark in die Gesellschaft eingebracht haben. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Riesauer Tageblatt. Amtsgericht Riesa, den 18. Februar 1921.

## Auslands-Zuckerarten-Ausgabe in Gröba.

Dienstag, den 22. Februar 1921, nachmittags von 4—5 Uhr werden in den bekannten Markenausgabestellen die Auslands-Zuckerarten ausgegeben. Gröba (Elbe), am 19. Februar 1921. Der Gemeindevorstand.

## Brennholzverkauf in Gröba.

Im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 14, werden Bestellungen auf Brennholz (Scheite, Knüppel und Reste) entgegengenommen. Auf den Haushalt kommt 1/3, zur Verteilung, derselbe kostet 40.— Mark. Gröba (Elbe), am 19. Februar 1921. Der Gemeindevorstand.

## Die Landtagswahlen in Preußen.

Die Berliner Wahlen zum Preussischen Landtag sind vollzogen und verlaufen. Die Parteien hatten sich im Gegensatz zu den früheren Wahlen fast nur auf eine — allerdings reine — Propaganda in den Tageszeitungen beschränkt. Parteiveranstaltungen fanden erst wenige Tage vor den Wahlen statt und von den Flugblättern, die sonst über die Hauptthemen des Kampfes in Bewegung und die Straßen überfüllten, konnte schon gar keine Rede sein. Auch die Plakate, die sonst Säulen, Mauern und Säulen „stierten“, fehlten fast ganz. Ein paar sog. „Mastfischer“, gab es aber doch. So las man auf einem Plakat: „Was ist U. S. P. D.“ Als Antwort darunter: „Unterste Stufe politischer Dämlichkeit.“ In Panitzsch wurden am Witternachts zwei Männer dabei betroffen, als sie mit roter Farbe die Buchstaben U. S. P. D. auf Bürgersteig und Straßenpflaster pushten. Auf der Wache entbauptete sich der eine zur allgemeinen Ueberrückung als der Bürgermeister des Vororts Dr. Ostrom. Mit besonders starken Mitteln arbeiteten die Kommunisten im Osten der Stadt. — Ueber die Beteiligung an den Wahlen konnte um 8 Uhr abends folgende Uebersicht gegeben werden: Im Westen Berlins beteiligten sich von den eingeschriebenen Wählern etwa 75 bis 80 Prozent, im Norden und Osten 65 bis höchstens 75 Prozent, im Zentrum 60 Prozent. Bemerkenswert scheidet war die Wahlbeteiligung in Neukölln und Weisensee.

Im gesamten rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen die Wahlen ohne unübliche Störungen verlaufen. Was als erfreuliches Zeichen für das Fortschreiten der politischen Bewegung anzusehen ist, ist die Beteiligung an den Wahlen. In den industriellen Hauptstädten war die Wahlbeteiligung über Erwartung stark.

In Düsseldorf sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Witternachts vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Reichsparteien einseitig und die Kommunisten anderseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen. Auch in Bremen, Hamburg und Weidenburg sind gestern die Volkverrichtungen neugewählt worden. Gleichzeitig mit den Wahlen zum preussischen Landtag wurde bekanntlich in Ostpreußen und Schlesien-Hollstein auch zum Reichstag gewählt. Ferner in ganz Preußen auch zum Provinziallandtag und zum Kreisrat.

Das Ergebnis in Berlin ist folgendes: Deutschnationale Volkspartei 186 911 (132 000), Deutsche Volkspartei 121 565 (150 000), Zentrum 87 990 (86 000), Demokraten 67 010 (75 000), Reichsbanner 208 809 (187 000), Unabhängige Sozialisten 197 315 (456 000), Kommunisten 110 899 (140 000), Wirtschaftspartei 48 288 (0), Niedersächsische Landespartei 29 (0). (Die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen das Stimmresultat der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 an.) Somit sind gewählt 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteier, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Wirtschaftsparteier.

Frankfurt a. M. Stadt: 125 Bezirke (die Hälfte): Dnatl.: 12 870, D. Sp.: 16 765, Dem.: 12 779, Str.: 11 534, Soz.: 53 641, U. S. P.: 5157, R. V. D.: 4266, Wirtschaftsp.: 2235.

Salle-Stadt (Endergebnis): Dnatl.: 18 808, D. Sp.: 19 641, Dem.: 12 350, Str.: 1803, Soz.: 10 379, U. S. P.: 7343, R. V. D.: 30 804. Bemerkenswert ist, daß im Stadtbezirk Halle seit langem zum ersten Male eine bürgerliche Mehrheit zustande gekommen ist, dank dem Verlust von 5000 Stimmen bei der U. S. P. und Kommunisten.

Wahlkreis Magdeburg: 130 Bezirke fehlen noch. Dnatl.: 108 706 (2 Abgeordnete), D. Sp.: 91 868 (2 Abgeordnete), Str.: 9938, Dem.: 64 084 (1 Abgeordneter), Soz.: 237 241 (5 Abgeordnete), U. S. P.: 43 499 (1 Abgeordneter), R. V. D.: 24 192, Wirtschaftsp.: 2370.

Weslau-Stadt: Dnatl.: 21 401, D. Sp.: 10 540, Dem.: 7160, Str.: 15 821, Soz.: 53 042, U. S. P.: 908, R. V. D.: 4039, Wirtschaftsp.: 2848.

Dannover-Stadion: Ergebnis aus 90 Wahlbezirken von 188. Dnatl.: 15 393, D. Sp.: 42 142, Dem.: 9763, Str.: 38 742, Soz.: 92 748, U. S. P.: 8563, R. V. D.: 11 766, Dannoverer: 38 748. Ungefähr 826 Stimmen.

Erfurt-Stadt: Dnatl.: 14 773, D. Sp.: 15 967, Dem.:

4813, Str.: 2252, Soz.: 5255, U. S. P.: 8521, R. V. D.: 10 893, Landbund: 60.

Helm: (241 von 395 Bez.) Dnatl.: 8045, D. Sp.: 22 336, Dem.: 7120, Str.: 61 004, Soz.: 42 646, U. S. P.: 2952, R. V. D.: 13 304.

Hildesheim-Stadt: Dnatl.: 21 959, D. Sp.: 28 604, Dem.: 6942, Str.: 54 722, Soz.: 17 118, U. S. P.: 21 867, R. V. D.: 12 435.

Hameln: Dnatl.: 1705, D. Sp.: 3955, Dem.: 1158, Str.: 2961, Soz.: 5931, U. S. P.: 449, R. V. D.: 820.

Hildesheim-Nieder: Dnatl.: 6943, D. Sp.: 11 413, Dem.: 2262, Str.: 11 870, Soz.: 9163, U. S. P.: 268, R. V. D.: 8300.

Hannover: Dnatl.: 2184, D. Sp.: 5138, Dem.: 2255, Str.: 2793, Soz.: 8578, U. S. P.: 1102, R. V. D.: 7380.

Helmstedt: Dnatl.: 3041, D. Sp.: 11 704, Dem.: 4609, Str.: 2848, Soz.: 2424, U. S. P.: 2551, R. V. D.: 13 475.

Hildesheim: Dnatl.: 4706, D. Sp.: 11 165, Dem.: 4485, Str.: 2674, Soz.: 18 289, U. S. P.: 1506, R. V. D.: 1977.

Elberfeld: Dnatl.: 19 628, D. Sp.: 10 539, Dem.: 4374, Str.: 11 430, Soz.: 19 194, U. S. P.: 8288, R. V. D.: 4622.

Hannover-Stadt: Dnatl.: 3022, D. Sp.: 5315, Dem.: 1723, Str.: 15 398, Soz.: 11 942, U. S. P.: 1125, R. V. D.: 4667.

Essen: (197 aus 250 Bez.) Dnatl.: 13 844, D. Sp.: 21 185, Dem.: 3090, Str.: 51 061, Soz.: 21 728, U. S. P.: 7450, R. V. D.: 21 307.

(Berlin. Bis 10 Uhr vormittags können 84 Abgeordnete als gewählt gelten. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 11, auf das Zentrum 16, auf die Deutsche Volkspartei 13, auf die Demokraten 2, auf die Reichsbanner 20, auf die Unabhängigen 7 und auf die Kommunisten 4 Sitze. Auf die Wirtschaftspartei und die Welfen entfallen bisher je 1 Sitz. Die Großen Berliner Wahlen lassen einen außerordentlich starken Rückgang der unabhängigen Stimmen erkennen. Die den Unabhängigen verloren gegangenen Stimmen sind zum Teil den vereinigten Kommunisten, zum Teil den Reichsbanner-Sozialisten zugefallen. Die Gewinne dieser Parteien gleichen aber die Verluste der Unabhängigen bei weitem nicht aus, so daß ein Rückgang der Stimmen der Linksparteien zu verzeichnen ist. Von den bürgerlichen Parteien hat die Deutschnationale Volkspartei einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Volkspartei zurückgegangen sind. Verhältnismäßig große Stimmenzahl hat auch die neue Mittelstandspartei oder die Wirtschaftspartei zu verzeichnen.

Berlin. Bis heute mittag wurden an abgegebenen Stimmen gezählt: Dnatl.: 1 091 593, D. Sp.: 1 212 776, Str.: 857 966, Dem.: 514 303, Soz.: 2 059 252, U. S. P.: 586 252, R. V. D.: 504 401, Mittelstandsp.: 124 325, Polen: 27, Tünen: 3 Stimmen.

Die alte preussische Landesversammlung setzte sich folgendermaßen zusammen: Sozialdemokratische Partei 145 Sitze, Christliche Volkspartei 83 Sitze, Deutsche Demokratische Partei 65 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 48 Sitze, Deutsche Volkspartei 24 Sitze, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 24 Sitze, Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1 Sitz, Welfen 2 Sitze, Vereingte Deutsch-Pannoverische und Zentrumspartei 7 Sitze.

Es waren im ganzen 16 437 876 Stimmen abgegeben worden, von denen die größeren Parteien erzielten: Sozialdemokraten 6 060 815, Unabhängige 1 218 216, Demokraten 2 683 985, Deutsche Volkspartei 898 966, Deutschnationale 1 781 889, Christliche Volkspartei 3 751 707.

## Die Kriegsschädenberechnung Frankreichs.

Ueber die von Frankreich der Reparationskommission vorgelegte Berechnung der von Deutschland zu deckenden Kriegsschäden liegt jetzt eine Gesamtübersicht vor. Danach verlangt Frankreich:

für Personenschäden . . . . .	4,9 Milliarden Franken
• Familienunterstützungen . . . . .	—
• der Kriegsteilnehmer . . . . .	12,9
• Militärschäden . . . . .	60,0
• Sachschäden . . . . .	140,7
	218,5 Milliarden Franken

Die Berechnung ist in französischer Währung aufgemacht. Lautet also auf Papierfranken. Die Endsumme entspricht bei Umrechnung über den amerikanischen Dollar zu dem letzten an der New Yorker Börse notierten Kurs des französischen Franken, einer Summe von 66 Milliarden Goldmark. Von den Sachschäden betreffen 127 Milliarden Franken, also zum letzten Kurs über 38 Milliarden Goldmark, die zerstörten Gebiete in Frankreich. Die Berechnung geht von den Vorkriegswerten aus und multipliziert diese mit einem der Preissteigerung in Frankreich entsprechenden Koeffizienten bei der Wiederherstellung der Schadensgruppen mit ihnen. Die Prüfung der einzelnen Teilergebnisse ist im Gange. Ueber die Ergebnisse werden später Mitteilungen gemacht werden.

## Abberufung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Nach einer Meldung aus New York hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, außer den Vertretern bei der Reparationskommission vor dem 1. Mai auch noch die 5400 Mann Besatzungstruppen zurückzuberufen, die sich noch in den Rheinlanden befinden. In der Meldung wird gesagt, daß die Amerikaner bereits ein erstes Kontingent von 5000 Mann zurückgezogen hätten, jedoch es jetzt notwendig erweise, die bereits begonnenen Maßnahmen zu Ende zu führen. Diese Entscheidung beeinflusse aber in keiner Weise die amerikanische Politik der Zukunft. Von den offiziellen Delegierten Amerikas bei der Reparationskommission, der von seiner Regierung abberufen worden ist, hat sich Sonnabend vormittag in Paris von seinen Kollegen verabschiedet.

## Englische und französische Pressestimmen zur Rede Lloyd Georges.

Die letzte Unterhandlung Lloyd Georges über die Reparationsfrage wird von den englischen Blättern je nach ihrer politischen Richtung verschieden beurteilt. Während „Times“, „Daily Mail“ und „Morningpost“ ein gemisches Urtheil über die Ausführungen des Ersten Ministers an den Tag legen, bezeichnen die liberalen Blätter die Rede als einen Fortschritt. Der politische Mitarbeiter der „Times“ sieht in der Rede eine neue Version des Sayes: Deutschland muß zahlen. Das Blatt schreibt in seinem Leitartikel, das Land werde durch die Rede nicht ganz beruhigt werden. Die Evening News sei die Erklärung, daß Lloyd George auf die bevorstehende Reparationskonferenz nur in der Absicht gehen wolle, sein Verstehen zu tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig herauszuholen, den es zahlen kann, und nicht in der Absicht, Vorschläge zu unterbreiten, die nach dem Gutachten der besten Sachverständigen völlig undurchführbar seien. Diese Erklärung enthält zwei wichtige Vorbehalte. Der eine betreffe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, der andere das Sachverständigen-Gutachten. Times ist der Ansicht, Lloyd George habe gestern keinen klaren Beweis dafür abgelegt, daß er davon durchdrungen sei, daß alle Abmachungen in dem Geist durchgeführt werden müßten, der den Schluß und nicht den Beginn der Pariser Konferenz bezeichnete. — „Daily News“ schreibt, diese Erklärungen hätten nur erfordern, Lloyd George habe besonders betont, daß er keine Vorschläge unterbreiten werde, die von vornherein undurchführbar seien und die im Lande falsche Hoffnungen erweckten. Zwei Jahre Ueberlegung und der Druck der harten Wirklichkeit hätten die Mehrheit des britischen Volkes in dieser Frage zur Einsicht gebracht, und kein Mann könne heute als Lloyd George ein, daß die Sammelreise, die bei den letzten Wahlen einen so guten Dienst leistete, heute in keinem einzigen Wahlkreis des Landes eine Wahl gewinnen würden.

Der „Temps“ sagt in seinem Leitartikel, Lloyd George habe erklärt, bevor man Sanktionen anwende, müsse den Reparationen, den Parlamenten und den Wählern der alliierten Nationen bewiesen werden, daß Deutschland schlechten Willens sei und sie herausfordere. Der Temps ist auch der Ansicht, daß man, bevor man zuschlägt, die öffentliche Meinung — oder besser gesagt: das öffentliche Bewusstsein — für sich haben müsse. Aus diesem Grunde habe er immer alle Vermögensoptionen in Erwägung gezogen und erklärt, daß man der französischen Sache schade, wenn man davon spreche, man müsse nach Berlin marschieren. Aber jetzt sei die Herausforderung Deutschlands da. Der Temps findet sie in den drei Reden des Reichsministers Dr. Simons, in der währenden Kampagne gegen das Abkommen von Paris und auch in dem deutschen Regierungsbeschluss, die Entlastungsoperationen einzustellen. (?) Das Blatt erklärt sogar, Dr. Simons gehe mit der Absicht nach London, nach dem